



PALÄSTINA INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL UND PALÄSTINAKOMITEE ZÜRICH





Schluss mit der Besatzung – Rückkehrrecht für alle Vertriebenen

Zwischen 150 und 200 Menschen waren dem Aufruf des Palästinakomitees Zürich und anderer Organisationen gefolgt, am 2. April 2005 für ein Ende der Besatzung und für das Rückkehrrecht zu demonstrieren.

Gleich zu Beginn der Demo wurde darauf hingewiesen, dass keine FaschistInnen, keine Nazis und keine AntisemitInnen geduldet würden. Nebst der Forderung nach einem Ende der Besatzung war das Rückkehrrecht ein wichtiges Thema der Demo. Seit 57 Jahren kämpfen die PalästinenserInnen für ihr Recht auf Rückkehr. Eine Genossin des Revolutionären Aufbaus und der Roten Hilfe informierte über die Situation eines libanesischen Gefangenen in Frankreich. An dieser Stelle gab es auch eine Rede für die über 8000 palästinensischen Gefangenen. Eine Teilnehmerin der Frauendelegation nach Israel/Palästina sprach über die Situation der Frauen unter Besatzung.



Karawane für Palästina, Karawane des Rechts

Die Karawane mit TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern startete am 5. Juli in Strassburg. Die Palästina-Solidarität empfing und verpflegte die fast 200 in 50 Autos Reisenden auf dem NT-Areal und für ihre Fahrt nach Genf. Die KarawanistInnen wollten auf ihrer Reise durch Italien, Griechenland, Türkei und Syrien auf die Anwendung

des Völkerrechtes auch auf Israel pochen. Die Karawane wurde später von der israelischen Armee an der Einreise in die besetzte Westbank abgehalten, die TeilnehmerInnen erhielten ein mehrjähriges Einreiseverbot nach Israel.

Weitere Informationen unter:

<http://www.caravane.palestine.free.fr/>



Am 3. September stürmten vier junge AktivistInnen das Fussballfeld im Basler St. Jakob-Stadion. Während des Länderspiels Schweiz-Israel protestierten sie mit den Transparenten „Boycott Apartheid“ und „Free Palestine“ gegen die Politik Israels. Die AktivistInnen erhielten zwei Jahre Stadionverbot und ihnen droht eine Strafanzeige und Busse. Das Palästina-Info wird über allfällige Repressionsmassnahmen gegen den berechtigten Protest berichten.



Sozialforum in Freiburg/Fribourg

Die verschiedenen Palästina-Solidaritätsgruppen in der Schweiz (GE, VD, NE, BS, ZH) organisierten am Schweizerischen Sozialforum am 4./5. Juni in Freiburg den Schwerpunkt zu Palästina. Es gab Workshops über die Hintergründe des Konfliktes, über die Rüstungskooperation Schweiz-Israel, eine Photoausstellung über die Apartheidmauer, einen gemeinsamen Informationsstand und eine Podiumsdiskussion mit dem israelischen Historiker Ilan Pappé (siehe Artikel, S. 10) und Isabelle Avron aus Frankreich über die zukünftigen Schwerpunkte der Solidaritätsarbeit. An einer gemeinsamen Vollversammlung von AktivistInnen der verschiedenen Gruppen wurde zusammen mit kirchlichen Organisationen und Hilfswerken die Petition gegen Rüstungskäufe in Israel lanciert (siehe Artikel S. 9).

Benefizessen für ein Frauenprojekt

Am 9. April organisierte die Palästina-Solidarität erneut ein Benefizessen im K5 in Basel. Rund 70 Menschen genossen die arabische Küche, und es konnten wieder einige hundert Franken an das Frauenberatungs- und Schulungszentrum im Gazastreifen (ein Projekt, unterstützt vom Christlichen Friedensdienst cfd) überwiesen werden.

RedaktorInnen gesucht

Wir möchten unser Redaktionsteam verstärken und suchen weitere MitarbeiterInnen für die Zeitung und die Webseite. Freiwillige meldet euch bei uns!

Spenden braucht's!

Unterstützt mit Eurer Spende das Erscheinen des Palästina-Infos! Es finanziert sich durch den Verkauf zum Stückpreis von zwei Franken und vor allem durch Spenden der LeserInnen (Gratisversand). Herzlichen Dank an die SpenderInnen der letzten Ausgabe!

Geldspenden an:

Palästina-Solidarität Region Basel,
Postfach 4070, 4002 Basel,
PC 40-756856-2

Fraueninformationsreise nach Israel/Palästina

Editorial

Im März dieses Jahres machte sich eine Gruppe von neun Frauen zwischen 22 und 65 auf die Reise, um in Israel und dem besetzten Westjordanland die Lebensrealitäten palästinensischer Frauen zu erkunden und auf diesem Weg einen Zugang zum Israel/Palästina-Konflikt zu finden.



Am Institut für Frauenstudien der Universität Bir Zeit (Westbank)

Mit dem speziell an Frauen gerichteten Programm sollten Interessentinnen motiviert werden, ein Land zu bereisen, über das heute mehrheitlich unter dem Gesichtspunkt gewaltsamer Zusammenstöße berichtet wird, wobei Frauenrealitäten weitgehend ausgeblendet werden. So wurde vor allem das Gespräch mit engagierten Frauen gesucht, was nicht heisst, dass nicht auch Männer informative Gesprächspartner sein konnten. Die Teilnehmerinnen aus verschiedenen Zusammenhängen waren bereit, sich auf eine gemeinsame Vorbereitung einzulassen und die Reise in Wort, Bild und Ton zu dokumentieren.

Neben dem Besuch von Frauenprojekten und anderen Institutionen war auch Zeit für Reflexion und Austausch über das Gesehene und Gehörte. An der Aufbereitung der Informationen und der Finanzierung beteiligten sich weitere Frauen, die selbst nicht an der Reise teilnehmen konnten. Nach der Rückkehr veröffentlichten die Teilnehmerinnen Artikel, organisierten Informationsveranstaltungen in Basel, Zürich und Aarau und gestalteten Sendungen für Radio Lora. Für den Winter ist eine Dokumentation geplant, in der ausführlicher auf die einzelnen Programmschwerpunkte eingegangen wird.

Insgesamt vermittelte die Reise Eindrücke einer an den Rand gedrängten Gesellschaft, deren kollektives Überleben zunehmend bedroht ist. In Israel sind

die PalästinenserInnen eine weitgehend verleugnete und in allen Lebensbereichen diskriminierte Minderheit im eigenen Land. Besonders dramatisch ist die Situation der BeduinInnen, die insbesondere in den letzten Jahren gewaltsam aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben werden. Im Westjordanland müssen die Menschen heute weniger um ihr Leben bangen als in den letzten vier Jahren. Dafür dominiert die Sorge um die materielle Existenz, die völlige Ungewissheit über die Zukunft und die Angst vor den unmittelbar bevorstehenden Verschärfungen, insbesondere durch die Mauer. Allen PalästinenserInnen in Israel/Palästina gemeinsam ist, dass sie im Land ihrer Herkunft unerwünscht sind. Entgegen einem weit verbreiteten Bild geht es im Konflikt nämlich nicht um zwei „verfeindete Nachbarn“, die sich um ein gemeinsames Territorium streiten, sondern um eine Gesellschaft, die die andere immer mehr verdrängt.

Deutlich spürbar war auf palästinensischer Seite die Ermüchterung über die politische Führung und die Sorge um die eigene Gesellschaft, die angesichts fehlender Perspektiven Anzeichen einer tiefen Krise zeigt. Vor diesem Hintergrund betonten viele Gesprächspartnerinnen, mit ihrer Tätigkeit sowohl soziale Aspekte (Arbeit, Gesundheit, Kinderbetreuung etc.) als auch nationale (gegen Besatzung und Apartheid) und feministische (gegen die patriarchalen Anteile der palästinensischen Gesellschaft)

Neben den Artikeln zum Rüstungsimport zwischen der Schweiz und Israel, der Petitionskampagne und einem Interview mit Ilan Pappé anlässlich des Schweizerischen Sozialforums im Sommer 2005 konzentriert sich diese Ausgabe des Palästina-Infos auf die palästinensische Frau und deren Lebensrealität in Israel selbst und in den besetzten Gebieten. Die Grundlage bildet eine Informationsreise von Frauen im März 2005.

Der Fokus „Frau“ in der palästinensischen Gesellschaft und unter der Besatzung ist facettenreich; er wird aber meist stark isoliert und oft auch reduziert betrachtet, wobei die grossen Unterschiede innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und auch unsere eigene Rückständigkeit in Sachen Emanzipation grosszügig verschwiegen werden.

In den folgenden Artikeln werden verschiedene Thematiken wie Armut und Versorgung der Familie, Checkpoints als Ort der Demütigung, Sorge um die eigene Gesellschaft u.a., basierend auf Begegnungen mit palästinensischen Aktivistinnen, Beduininnen und Bäuerinnen, angesprochen. Es handelt sich dabei um eine eher fragmentarische und keinesfalls geschlossene Abhandlung dieser Aspekte. Sie soll zu weiteren Diskussionen und einer detaillierteren Auseinandersetzung mit dem Thema anregen.

zu verfolgen. Wie belastend dieser Kampf an drei „Fronten“ ist, wurde in kurzen, rasch wieder unterdrückten Momenten der Emotionalität erkennbar. Meist präsentierten sich die Palästinenserinnen aber in einer Stärke und Ruhe, die mit der Aufgeregtheit der BesucherInnen in manchen Situationen kontrastierte. Das wirft die Frage auf, wie sie die Aggressionen und Demütigungen verarbeiten, die sie Tag für Tag erleben. Jedenfalls stellten die Frauen klar, dass sie weder heroisiert noch dämonisiert und auch nicht bemitleidet, sondern mit ihren normalen Rechten und Bedürfnissen wahrgenommen werden wollen – z.B. mit den Forderungen nach einem Leben in Sicherheit und nach Perspektiven für die Zukunft. (ba)



Gruppenbesprechung in Jerusalem

Frauen-Lebens-Splitter aus Israel

Im ersten Teil unserer Reise besuchen wir Projekte in Galiläa und Negev, zwei Regionen in Israel mit einem hohen Anteil an PalästinenserInnen. Deren Stellung in der israelischen Gesellschaft ist die einer diskriminierten Minderheit. Viele Frauenprojekte bemühen sich, dies aufzufangen, indem sie Frauen Bildungs- und z.T. Verdienstmöglichkeiten bieten, aber auch ihr Selbstbewusstsein fördern und sie zu einer Auseinandersetzung mit sich selbst und ihrem Platz in der Familie, in der palästinensischen und in der israelischen Gesellschaft anregen.



Empfang im Frauenzentrum von Sidreh

Diskriminierung findet auf institutioneller und rechtlicher, aber auch auf indirekter und privater Ebene statt, wie uns im Zentrum der **Human Rights Association** in Nazareth erklärt wird. Eine häufige Form von versteckter Diskriminierung der arabischen Bevölkerung ist beispielsweise, beliebige Stellen mit der Bedingung „nach geleistetem Militärdienst“ auszuschreiben, da die PalästinenserInnen keinen Militärdienst leisten dürfen bzw. müssen. Eine weitere wichtige Diskriminierung erfolgt über parastaatliche Institutionen wie die Jewish Agency, die fast das gesamte Land verwalten und es der jüdischen Bevölkerung vorbehalten.

Auf die schwache wirtschaftliche Stellung der arabischen Frauen versucht das WAC (Workers Advice Center) seit zwölf Jahren mit gezielten Frauenprojekten zu reagieren. Sie zeigen Müttern, wie sie ihre Kinder bei Hausaufgaben unterstützen können, bieten Kurse zum Umgang mit Geld und zur Sexualerziehung an und versuchen, gezielt Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Mit **Syndianna** wurde ein Projekt auf die Beine gestellt, das Olivenöl, Seife, Za'atar und andere Produkte anbietet. Die Frauen erhalten hier die Möglichkeit, ihre Fertigkeiten und ihr Wissen umzusetzen und zum Familienerwerb beizutragen. Ein Problem für die traditionell landwirtschaftlich orientierte palästinensische Gesellschaft

ist, dass sie einen Grossteil ihres Landes verloren hat und auch die arabischen Städte an der Expansion gehindert werden. So fließen kaum staatliche Mittel in palästinensische Industriezonen oder sonstige Infrastrukturen. Eine Folge ist, dass PalästinenserInnen insgesamt und insbesondere die Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind und geringere Bildungschancen haben. Während rund die Hälfte der israelisch-jüdischen Frauen berufstätig ist, liegt der Anteil bei den PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft nur bei 15 Prozent. Bereits beim Eintritt in das **I'lam-Medienzentrum** in Nazareth fällt uns dafür auf, dass ein Grossteil der anwesenden JournalistInnen Frauen sind – vielleicht deshalb, weil Haneen, die Direktorin, eine langjährige aktive Feministin ist. Trotzdem sind auch im Journalismus die Berufsaussichten für arabische BürgerInnen nicht gut. Das I'lam-Center will die Belange der israelischen PalästinenserInnen stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken und damit ihrem weitgehenden Verschweigen und negativen Image in der israelischen Presse entgegen wirken. Neben Kursen für palästinensische Medienschaffende erleichtert das Zentrum interessierten jüdisch-israelischen JournalistInnen den Zugang zu Informationen über die arabische Bevölkerung und macht Lobbyarbeit für Medienrechte.



Zusammen mit gut 20 Personen aus Nazareth starten wir zu einer der monatlichen „Besuchsfahrten“ in die zerstörten arabischen Dörfer in Israel. Die Fahrt wird von **Adrid**, der Vereinigung der 1948 vertriebenen Flüchtlinge mit israelischer Staatsbürgerschaft, organisiert. Viele zerstörte Dörfer sind heute unbewohnt, doch die ehemaligen BewohnerInnen werden an der Rückkehr und oft auch am Besuch gehindert. Auch Siham, eine junge Frau, die in Haifa Sozialarbeit studiert, und ihre Mutter sind bei den Fahrten in die Dörfer häufig mit dabei. Siham betont, wie wichtig es ihr ist, sich auf diese Weise Wissen über die eigene Geschichte anzueignen. Ihre StudienkollegInnen reagieren zum Teil mit Befremden, wenn sie ihre Herkunft erwähnt. Sie erzählt auch von Einschränkungen, wenn sie z.B. mit jüdisch-israelischen Freundinnen reisen möchte. In Beersheba werden wir von Haneen, Abeer und Safa empfangen, die für verschiedene Menschenrechts- und Frauenorganisationen (**Sidreh**, **Adalah** und das **Womens Forum**) arbeiten und uns einen Tag lang durch BeduinInnen-Dörfer führen. Am Bahnhofplatz irritieren uns die vielen SoldatInnen, die unterwegs zu ihren Stützpunkten oder nach Hause sind. Wenig später finden wir uns zwischen Wellblech, staubigem, gehärtetem Boden in einem der offiziell nicht anerkannten Dörfer wieder, die staatlicherseits mit keinerlei Infrastruktur versorgt werden. So sind sie z.B. nicht ans Wasser- und Stromnetz angeschlossen, und das z.T. verunreinigte Wasser muss zu überhöhten Preisen aus Containern bezogen wer-



Abeer von der Menschenrechtsorganisation Adalah



Im Gespräch mit den Frauen von Syndiana

den. Am Dorfeingang befindet sich das Frauenzentrum, ein vor kurzem fertiggestelltes Haus mit festem Dach, das den Frauen der Umgebung Weiterbildungen und andere Kurse anbietet. Die israelische Regierung versucht, die BeduinInnen aus ihren angestammten Lebensräumen zu vertreiben und in neu errichteten Städten zu konzentrieren. Durch die Zerstörung der traditionellen landwirtschaftlichen Lebensweise haben gerade die Frauen ihren bis anhin klaren Status in der Gesellschaft verloren. Wissen und Bildung sind somit ein wichtiges Gut. Im Zentrum erhalten die Frauen Unterricht auf verschiedenen Stufen von Lese- und Schreibkursen über Hebräischunterricht bis zu Vorstudienlehrgängen. Nach langwierigen Bemühungen wird heute ein Teil der Kurse vom Erziehungsministerium finanziert, das eigentlich allen BürgerInnen eine Grundschulausbildung gewähren sollte.

Auch in der eigenen Gesellschaft wird das Frauenprojekt von den Männern zum Teil kritisch beobachtet; umso wichtiger ist es, allfälliges Misstrauen vorsichtig abzubauen und für heikle Themen wie etwa Gewalt zuerst ein Klima zu schaffen, in dem die Frauenrechte formuliert werden können. Die Frauen sind jedoch beharrlich daran, ihren Alltag zu verändern und zu verbessern. So ist der Name Sidreh bewusst wählt: er steht für eine zähe Wüstenpflanze.

Auf der Weiterfahrt kommen wir an Omer vorbei. Hier grenzt eine nicht anerkannte BeduinInnen-Siedlung an eine der reichsten israelischen Gemeinden. Die Zelte und Wellblechhütten stehen eingezäunt hinter einem grossen Abfallberg, vor dem Schafe, Pferde und Kamele weiden. Elektrizität, Wasser und befestigte Wege gibt es nicht. Ein Blick über die breite Asphaltstrasse zeigt ein komplett anderes Leben. Die riesige soziale Kluft ist hier auf kleinem



Heidi vom Medienzentrum I'lam

Raum sichtbar und erinnert an Metropolen, in denen Slums und wohlhabende Quartiere direkt nebeneinander liegen. Zum Abschluss besuchen wir die neu errichtete Stadt Lakiya, eine so genannte „Konzentrationsstadt“, in der die vom Land vertriebenen BeduinInnen angesiedelt werden. Die Stadt verfügt kaum über irgendeine Infrastruktur und bietet kaum Arbeitsplätze. In den beiden von uns besuchten Projekten erhalten Frauen die Möglichkeit, durch Anfertigung von qualitativ hochwertigen Stickereien und Webereien ein kleines Einkommen zu erzielen. Auch hier wird die Handarbeit – vom Spinnen der Wollfäden über das Färben bis zur Herstellung von Teppichen und anderen Produkten – verbunden mit Aktivitäten, in denen die Frauen sich zu Themen wie Gesundheit, Kindererziehung und Ähnlichem austauschen oder auch lernen können, selbst Gruppen zu leiten. Mit dabei auf unserer Rundfahrt ist eine junge Sozialarbeiterin in Ausbildung. Sie ist jüdische Israelin und auf der Suche nach einem alternativen Praktikum auf Sidreh gestossen. Sie freut sich auf das Praktikum, ist jedoch von der Regierung enttäuscht und merkt, dass sie über viele Dinge und Lebensrealitäten in ihrem Land nichts weiss und bisher auch nicht wissen konnte. (val)



Auf dem Ausflug in die zerstörten Dörfer

Informationsreisen nach Israel/Palästina

Weitere Informationsreisen sind geplant. Im Frühjahr organisiert das Forum für Menschenrechte eine Reise für Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Medien zum Thema Rückkehrrecht, die vor allem in den Norden Israels führt. Rund um den 1. Mai gibt es voraussichtlich eine Gewerkschaftsreise in die besetzten Gebiete. Anfragen unter: paldele@bluewin.ch

Ein Leben in Ungewissheit

Der zweite Teil der Reise führt uns nach Jerusalem und in das Westjordanland. Hier wird das Ziel der israelischen Politik noch offensichtlicher, sich möglichst viel Territorium samt Ressourcen anzueignen – allerdings möglichst ohne die hier lebenden PalästinenserInnen. Auf den Frauen lastet dabei ein enormer Druck.



Mauer bei Ram/Jerusalem, die zwei arabische Stadtteile voneinander trennen wird

Die palästinensischen Frauen versuchen, in einer rasant verarmenden Gesellschaft, deren Lebensraum sich sichtbar verengt, die Versorgung der Familien zu gewährleisten. Gleichzeitig kämpfen sie dafür, angesichts der politischen Krise und der vermehrten Besinnung auf konservative Werte ihre Freiräume zu erhalten oder auszubauen. Unsere Begegnungen mit verschiedenen AktivistInnen zeigen ein breites Spektrum von Engagement und geben Einblick in die akuten Nöte einer in ihrer Existenz bedrohten Bevölkerung.

Uns von aussen Kommende, die das Land in einer relativ ruhigen Phase bereisen, beschäftigen neben den generellen Lebensumständen vor allem zwei Themen: zum einen die sichtbaren Zeichen der Besatzung – Mauer, Checkpoints, Siedlungen, Strassensperren –, die ein aufs andre Mal aufwühlen; zum anderen das Thema der „Gewalt“, das uns schon vor der Ankunft begleitet und für die PalästinenserInnen tatsächlich eine sehr konkrete Dimension hat, die in vielen Gesprächen auftaucht.

Orte der Männlichkeit

Der Checkpoint als Ort der Demütigung, Willkür und Machtdemonstration bedeutet für viele PalästinenserInnen tagtäglich eine massive Belastung. Als Ort der Maskulinität, als Schnittpunkt nationaler Unterdrückung und patriarchaler Strukturen der eigenen Gesellschaft ist ihm auch eine Forschungsarbeit des

Instituts für feministische Studien der Universität Bir Zeit gewidmet. Während israelische Soldaten vielfach versuchen, palästinensische Frauen mit der Androhung sexualisierter Gewalt einzuschüchtern, empfehlen manche palästinensische Männer ihnen, ihre „Reize“ auszuspielen, um die Kontrollen leichter zu passieren. Umgekehrt demonstrieren weibliche israelische Soldatinnen ihre Macht gegenüber palästinensischen Männern z.T. ebenfalls in sexualisierter Form. Macht drückt sich hier entlang rassistischer wie sexistischer Muster aus. Für uns Ausländerinnen bleibt der Checkpoint ein zwiespältiger Ort: Während wir im Normalfall unbehelligt durchgelassen werden, wird deutlich, wie illusorisch die Vorstellung ist, hier spontan sinnvoll eingreifen zu können.

Jerusalem – Hauptstadt für die einen, Provinz für die andern

Der Mauerverlauf zwischen Jerusalem, Bethlehem und Ramallah steht im Zusammenhang mit den Plänen Israels, den Grossraum Jerusalem möglichst zu „judaisieren“. Der palästinensische Teil der Stadt verliert seine heutige Zentrumsfunktion und ist für die meisten BewohnerInnen des Westjordanlands nicht mehr zugänglich. Was die unmittelbar bevorstehende Isolation für die Menschen aus Jerusalem bedeutet, wird uns im Gespräch mit Natascha vom **Jerusalem Center for Women** deutlich. Sie weiss nicht, wie sie in ein paar

Monaten den Kontakt zu den Eltern halten oder zu ihrer Arbeit kommen wird. Als sie dies erzählt, verliert sie für einen Moment die Fassung. Vom Fenster ihres Büros blicken wir auf die hier noch nicht fertiggestellte Mauer, die inmitten des dicht bebauten Stadtrandviertel zwischen den beiden Fahrspuren der Hauptstrasse nach Ramallah errichtet wird. Sie wird demnächst zwei arabische Viertel voneinander trennen.

Auch im Stadtzentrum zielt die israelische Politik darauf ab, möglichst vielen EinwohnerInnen, selbst wenn ihre Familien schon seit Generationen hier leben, das „Aufenthaltsrecht“ zu entziehen. Insbesondere in der Altstadt findet ein „schleichender Transfer“ statt, denn neben der mangelnden Infrastruktur sind im arabischen Teil Bewilligungen für den Ausbau von Häusern fast unerhältlich. Einen Einblick in die ausgesprochen beengten Lebensverhältnisse erhalten wir bei einer Führung durch die Altstadt, die den krassen Unterschied zwischen palästinensischen und jüdischen Lebensverhältnissen anschaulicht. Besonders bedrohlich ist die Situation für die palästinensischen Frauen und ihre Kinder dort, wo sich in den oberen Stockwerken jüdische SiedlerInnen eingenistet haben, zu deren Bewachung natürlich Soldaten auf den Dächern positioniert sind – ein Bild, das sich in Hebron in extremer Form wiederholt und dort das Leben eines ganzen Stadtteils zum Erliegen gebracht hat.

Permanentes Krisenmanagement

Auf der Fahrt in den Norden und Süden des Westjordanlandes wird uns die Realität des laufenden Verdrängungsprozesses ständig vor Augen geführt. Die jüdischen Siedlungen mit ihren breiten, Laternen gesäumten, von Rasenbeeten umrahmten Zufahrtsstrassen tauchen wie irritierende Fremdkörper in einer von Oliven- und Obstbäumen geprägten Landschaft auf. Wie zynisch klingt doch der zionistische Slogan von der zum Erlühen gebrachten Wüste angesichts der permanenten Zerstörung von Kulturland, das den in Beton gegossenen Mahnmalen der Besatzung weichen muss.

Der Begriff „permanenter Notstand“ taucht in unseren Gesprächen öfters auf. In Nablus, einer Stadt von der Grösse Basels, erfahren wir in geballter Form, wie sich die BewohnerInnen in den letzten Jahren unter den Bedingungen monatelanger Abriegelung, tagelanger Ausgangssperren, massiver Bombardierungen und Militärinterventionen

notdürftig organisiert haben und welche sozialen und gesundheitlichen Probleme damit verbunden sind. Die extreme Anspannung ist im **Medical Relief Center** auch in der momentan ausgesprochen ruhigen Phase zu spüren. Unsere GesprächspartnerInnen wissen nie, wie lange diese Ruhe anhält und was der nächste Tag bringt. Unter diesen Bedingungen lassen sich langfristige Ziele nur schwer verfolgen. In der verfahrenen aktuellen Situation, in der das Vertrauen in die politische Führung und die Parteien zusammengebrochen ist, bemühen sich viele Organisationen, Kindern und Jugendlichen jenseits des als Sackgasse empfundenen militarierten Widerstands Freizeitangebote und Möglichkeiten für ein sinnvolles soziales Engagement, z.B. als medizinische HelferInnen, zu bieten. Auf die Frage, wie sich entscheidet, wer eher im sozialen Bereich tätig wird oder wer den bewaffneten Kampf wählt, meint ein junger Begleiter, der selbst als Nothelfer tätig ist, allerdings: vielleicht ist es nur eine Frage des Mutes.

Auch Frauenzentren wie die **Palestinian Working Women Society** müssen mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise insbesondere der letzten zwölf Jahre zurechtkommen. Für die Frauen ist klar, dass der „nationale“ Kampf gegen die Besatzungsmacht untrennbar mit sozialen und frauenspezifischen Anliegen verbunden ist. Weiterbildungskurse, Notruftelefone, Beratungen und Selbsthilfegruppen stehen ebenso auf dem Programm der von uns besuchten Zentren wie die Verteidigung von Frauenrechten auf institutioneller Ebene und die Unterstützung von Frauen, die sich für ein politisches Mandat zur Verfügung stellen.

Heikles Thema Gewalt

Die Sorge um den Zustand der eigenen Gesellschaft wird auch deutlich, wenn die Rede auf das Thema Gewalt kommt. Die PalästinenserInnen müssen jahraus



Nablus: links: Computerkurs in einem Quartierzentrum; rechts: Projektleiterinnen der Gesellschaft für berufstätige Frauen

jahrein unzählige Formen physischer und psychischer Gewalt erdulden, ohne sich direkt gegen ihre Aggressoren wehren zu können. Die zunehmende Anspannung entlädt sich vielfach an Frauen oder Kindern. Zudem verhärteten sich konservative und patriarchale Wertvorstellungen, was für die Frauen z.T. mit stärkerer familiärer Kontrolle und Unfreiheit bis hin zur Zunahme so genannter „Ehren“morde einhergeht. Die Palästinenserinnen versuchen mit spezifischen Kampagnen darauf zu antworten. Sie warnen aber auch vor falschen Verallgemeinerungen und einem voyeuristischen Blick.

In Qalqilia holt uns die Mauer wieder ein. Die einen Katzensprung vom unerreichbaren Mittelmeer entfernte Stadt war bis vor kurzem ein wichtiges Gewerbezentrum, in dem sich auch die Israelis aus der Umgebung mit Gemüse, Obst und Grünpflanzen aus den örtlichen Gewächshäusern eindeckten. Heute dürfen viele Bäuerinnen und Bauern ihre Felder jenseits der Anlage nur noch zu begrenzten Zeiten aufsuchen. Mit der Fertigstellung der Mauer hat ein Grossteil der örtlichen Bevölkerung mit einem Schlag die Existenzgrundlage verloren, und auch Gesundheitsprobleme nehmen rasant zu. Sohad vom **Medial Relief Center** führt uns an verschiedene Stellen der Sperranlage, gegen deren Bau in der Region heftiger Widerstand

geleistet wurde. Neben den sozialen Problemen gilt auch ihre Sorge vor allem der Jugend, die sich heute vielfach von der Hamas angezogen fühlt. Dass nicht alles zum Schlechtesten steht, merken wir, als uns im nahegelegenen Jayyous vier junge Männer einen Abend lang köstlich bewirten. (ba)

Adressen der Organisationen, die wir auf der Reise besucht haben

Eine Art Adressbuch der palästinensischen Organisationen und Institutionen sowie zahlreiche Karten und Statistiken gibt die **Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia)** heraus. Unter dem Kapitel Frauenorganisationen finden sich für die besetzten Gebiete rund 70 Adressen. www.passia.org Leider verfügen nicht alle der von uns besuchten Projekte und Frauengruppen über eigene Websites.

Arab Association for Human Rights (HRA)
www.arabhra.org

Sindyanna of Galilee www.sindyanna.com
Workers Advice Center (Sindyanna of Galilee)
www.workersadvicecenter.org

Ilam Media Center www.ilamcenter.org

The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Adalah) www.adalah.org

Association for Improvement of Women's status, Lakiya www.desert-embroidery.com

Sidreh und Lakiya Negev Weaving www.lakiya.org
Alternative Information Center

www.alternativenews.org

Jerusalem Center for Women (JCW) www.j-c-w.org

Institute of Women's Studies, University Bir Zeit
<http://home.birzeit.edu/wsi>

Union of Palestinian Medical Relief Committees (PMRS) www.upmrc.org

The local committee for Rehabilitation & Social Development Center, Askar Camp (SDC)
www.sdc-askar.org

Palestinian Working Womens Society for Development (PWWSD) www.pwwsd.org

Palestinian Environmental NGOs Network (PENGON) www.pengon.org

Stop the Wall-Campaign www.stophthewall.org
Grassroots International Protection for the Palestinian People (GIPP)

<http://www.pngo.net/GIPP/index.htm>

Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
www.uawc.net

Deheisha Guesthouse und Ibdaa Cultural Center
www.dheishah-ibdaa.net

Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights (BADIL) www.badil.org

Tent of Nations www.tentofnations.org

Peace school in Neve Shalom/Wahid as-Salam
www.sfpeace.org

Zochrot The Nakba in Hebrew
www.nakbainhebrew.org



Qalqilia: links: Sohad erklärt die Auswirkungen der Mauer; rechts: Militärkontrollen, eine Alltagsrealität

Beziehungen zu Israel wieder „normalisieren“

Bundesrat Schmid hat Mitte März bei seinem Besuch in Jerusalem bekannt gegeben, dass der Bundesrat in diesem Jahr wieder für 150 Mio. Franken Rüstungsgüter in Israel kaufen möchte. Im September reiste Bundesrat Couchepin nach Israel, um die universitäre Forschungszusammenarbeit zu verstärken.



Mit Schmid, Couchepin und Calmy-Rey besuchten dieses Jahr drei BundesrätInnen Israel, um die diplomatischen Kontakte, die Rüstungskooperation und die Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel zu verbessern. Diese eifrige Reisediplomatie steht im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Schweizer Aussenpolitik. Der Bundesrat gab Ende Mai bekannt, dass er mit den USA ein Freihandelsabkommen abschliessen und seine Aussenpolitik stärker auf die Vereinigten Staaten ausrichten will. Bundesrat Deiss hat bei seinem Amerikabesuch den Verkauf von ausgemusterten Panzern zur Unterstützung der

Besatzungsregierung im Irak eingefädelt. Konsequenterweise hat die aussenpolitische Wende auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Schweiz zum amerikanischen Hauptverbündeten im Nahen Osten. Der Gesamtbundesrat ist „nach der Evaluierung der Lage zum Schluss gekommen, dass die Zusammenarbeit mit Israel wieder normalisiert werden könne“. (NZZ Online vom 17.3.05)

Rüstungskäufe statt Menschenrechte

Im Frühling 2002 hatte der Bundesrat nach politischem Druck den Kauf von neuen Rüstungsgütern in Israel sistiert. Jetzt möchte er die Rüstungskäufe wieder aufnehmen und von einer israelischen Firma Teile eines integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems kaufen. Das Geschäft ist in das Rüstungsprogramm 2005 integriert, das Anfang Oktober im Parlament behandelt wurde (siehe Artikel S. 9).

Nach dieser Ankündigung in den Medien gingen bei Bundesrat Schmid zahlreiche Protestschreiben ein. Allein die Palästina-

Solidarität Region Basel schickte ihm einen von mehr als 500 Menschen unterschriebenen Protestbrief. In seiner Standardantwort meint Schmid: „Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes im Nahen Osten sind trotz des Baus der Sperranlage besser als seit Jahren.“ Bundesrat Schmid schreibt in seinem Brief zudem, „dass sich die Chancen eines konstruktiven Engagements unseres Landes (...) erhöhen, wenn auch die Beziehungen zu Israel intakt sind.“

Mit dieser Haltung wird die Schweizer Aussenpolitik vollkommen unglaubwürdig. Als Depositärstaat der Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung müsste die Schweiz in Israel auf die Einhaltung dieses Teils des internationalen Rechts drängen. Israel verstösst mit seinem Besatzungsregime in grober Weise gegen die Konventionen. Die Schweiz hätte die Pflicht, eine internationale Konferenz zur Unterbindung dieser Verstösse einzuberufen. Sie ist dieser Verpflichtung u.a. auf Druck der USA und aus Furcht um die „intakten Beziehungen“ zu Israel nicht nachgekommen.

Letzten Sommer hat die Schweiz zudem vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der den Bau der Apartheidmauer in der Westbank als völkerrechtswidrig verurteilt und ihren Abriss verlangt hat, den Auftrag erhalten, eine internationale Konferenz zur Durchsetzung dieses Urteiles einzuberufen. Der Wunsch nach „intakten Beziehungen“ hat auch diese Konferenz bisher nicht stattfinden lassen.

Rüstungskooperation

Streubomben

Die Ruag-Holding, die Waffenschmiede im Besitz der Eidgenossenschaft, produziert zusammen mit den Israeli Military Industries (IMI) Streumunition (Cluster bombs oder Kanistergeschosse) und bietet sie international an Waffenschmieden an. Diese Bomben, die aus Flugzeugen, aber auch aus Panzern, Minenwerfern und Artillerie abgeschossen werden können, enthalten viele kleine Bomben (Bomblets), die ein Feld von 6000 Quadratmeter leer fegen. Sie wurden in Vietnam, Laos und den neueren Kriegen in Afghanistan, Kosovo und im Irak eingesetzt. Zwischen 10 und 30 Prozent der Bomblets explodierten nicht und blieben als Blindgänger zurück. Diese Blindgänger töteten mehr Zivilpersonen als Personenminen, insbesondere spielende Kinder. Das Rote Kreuz und die Kampagne gegen Personenminen in der Schweiz fordern deshalb die Ächtung von Streubomben und ein Moratorium für deren Herstellung und Verkauf.

Die Munitionsfabrik Altdorf lieferte 1990 trotz dem seit 1955 bestehenden Exportverbot Hülsen für die Weiterentwicklung der Streubomben nach Israel (Beobachter). Die gemeinsam entwickelten Bomben wurden in der israelischen Negev-Wüste getestet. Zur Förderung dieses Gemeinschaftsprojekts kaufte die Schweiz zwischen 1991 und 1998 für 620 Mio. Fr. Streumunition in Israel.



Drohnen



Die Drohne ADS 95 Ranger ist ein israelisch-schweizerisches Gemeinschaftsprojekt. Die Entwicklung des unbemannten Überwachungsflugzeuges wurde vom Bund mit 25 Mio. Fr. subventioniert. Die Schweizer Armee selber verfügt über 27 Aufklärungsdrohnen, die 1995 für 350 Mio. Fr. erworben wurden. Drohnen werden von der israelischen Armee in den besetzten Gebieten eingesetzt, u.a. zur aussergerichtlichen Ermordung von PalästinenserInnen, die von den Israelis gesucht werden.

Gegen Rüstungsgeschäfte mit Israel und Irak

Anfang Oktober hat der Nationalrat mit 114 zu 61 Stimmen Rüstungskäufe in Israel für 150 Mio. Fr. genehmigt. Im Vorfeld der Debatte über das Militärbudget gab es eine breite Mobilisierung gegen die Rüstungszusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens. Christian Fuchs von der Gesellschaft für bedrohte Völker, der die Kampagne koordiniert hat, zieht im folgenden Interview Bilanz.



Protestaktion der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) vor der Schweizer Waffenschmiede Ruag

Wie beurteilst du den Verlauf der Kampagne und den heutigen Stand?

Positiv ist der Verlauf bei den unterstützenden Organisationen – die Petition ist mit ca. 15 Organisationen gestartet, heute sind es deren 45. Von Gewerkschaften über Parteien bis zu jüdischen Organisationen, Hilfswerken und Drittweltorganisationen ist ein grosses Spektrum vertreten. Über 20 000 Unterschriften für die Petition sind kein schlechtes Resultat. Andererseits: Würden wir heute über die Forderungen der Petition abstimmen, wäre wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung dafür – daran gemessen konnte die Petition zu wenig mobilisieren.

Wo siehst du die Stärken und Schwächen der Kampagne?

Die Stärke liegt sicher in den Argumenten: Die Schweiz setzt sich für Menschenrechte, die Einhaltung des Völkerrechts und einen gerechten Ausgleich im Konflikt Israel/Palästina ein und hat dafür auch diplomatisches Renommee investiert, beispielsweise mit der Unterstützung der Genfer Initiative. Rüstungsgeschäfte mit Staaten der Region Nahost passen einfach nicht zu diesen Prioritäten, solange diese Staaten Völkerrecht brechen und grundlegende Menschenrechte verletzen. Das ist so einleuchtend, dass viele Organisationen gewonnen werden konnten. Eine Schwäche ist, dass die Petition bei kaum einer Organisation oberste Priorität genießt. Entsprechend stehen die Mittel für die Kampagne und die gesammelten Unterschriften in keinem

Verhältnis zu den Namen, welche sie unterstützen. Diese Organisationen hätten ein viel grösseres Potential.

Denkst du, dass sich die Mehrheit des Parlaments den Forderungen der Petition anschliessen wird?

Die Mehrheit des Parlaments wird sich kaum der Petition anschliessen. Das anstehende Rüstungsgeschäft mit Israel ist zu weit gediehen, als dass man einen Eklat riskieren möchte. Auch scheinen der Mauerbau und die ungebremsen

Siedlungserweiterungen in der Westbank durch den Gaza-Abzug etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Der Nationalrat wird später noch über ein Postulat von Jo Lang abstimmen, das die Forderungen der Petition aufgreift. Und dieses Postulat wurde immerhin von 90 Nationalräten und -rätinnen unterzeichnet. Es wird aufschlussreich sein, wie die Gegner des Postulats argumentieren werden – diese Argumente gilt es in einem nächsten Anlauf zu kontern, falls das Postulat abgelehnt werden sollte.

Siehst du Möglichkeiten, dass das breite Bündnis weitere gemeinsame Kampagnen zum Thema Palästina/Israel lanciert (Bsp. zum Import von Siedlungsprodukten, zum EFTA-Freihandelsabkommen etc.)?

Eher nicht. Bei der Petition geht es um Völkerrecht versus Rüstungsgeschäfte. Die angesprochenen Beispiele sind viel spezifischer und umstrittener. Ich glaube aber, das Bündnis wäre bei neuen Waffengeschäften leicht zu reaktivieren – man könnte dann schneller reagieren, sich sofort auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren, die spezifischen Stärken einzelner Organisationen gezielter nutzen. So könnte man noch deutlicher signalisieren: Viele Menschen in diesem Land wollen die aussen- und friedenspolitische Glaubwürdigkeit der Schweiz nicht wegen Rüstungsgeschäften aufs Spiel setzen. Je lauter diese Botschaft, desto grösser wird der Druck, Rüstungsgeschäfte mit Staaten in Krisenregionen einzustellen und Rüstungsbeziehungen generell mit Völker- und Menschenrechtsfragen zu verknüpfen.

24 249 Unterschriften gegen die Rüstungskäufe in Israel im Rüstungsprogramm 2005!

Für die Anwendung der Genfer Konventionen und des internationalen Rechts im Nahost-Konflikt; keine Rüstungszusammenarbeit und kein Handel mit Rüstungsgütern zwischen der Schweiz und den Ländern des Nahen Ostens; keine Rüstungskäufe aus Israel im Rüstungsprogramm 2005 – dies sind die drei Forderungen der Petition, die am 29. September eingereicht wurde. Für die am Schweizerischen Sozialforum lancierte Petition konnten in den Sommermonaten 24 249 Unterschriften gesammelt werden. Sie wurde von 45 Organisationen und Parteien unterstützt. Wenige Tage vor der Debatte über das Rüstungsprogramm 2005 im eidgenössischen Parlament wurde sie eingereicht, um unseren Protest gegen den Kauf von Rüstungsgütern in Israel und den Export von ausgemusterten Panzern in den Irak auszudrücken.

Folgende Organisationen unterstützen die Petition: Alliance Sud (vormals Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas/Heks); Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina; Brot für alle; cfd Christlicher Friedensdienst; Collectifs Urgence Palestine Genève, Vaud, Neuchâtel; DroitPourTous; Gesellschaft für bedrohte Völker GfBV; Gesellschaft Schweiz Palästina; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA; HEKS Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz; Menschenrechte Schweiz MERS; Palästinakomitee Zürich; Palästina-Solidarität der Region Basel; Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH; Sozialistisch Grüne Alternative Zug; Frauen für den Frieden Schweiz; medico international schweiz (vormals CSS Zürich); OeME Bern; Centre Europe-Tiers Monde Genève; unia Genève; Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina; Grüne Partei der Schweiz; Partei der Arbeit; Kampagne Olivenöl aus Palästina; Erklärung von Bern; Junge Alternative JA!; terre des hommes schweiz; JUSO Schweiz; Grünes Bündnis; Gruppe Olivenzweig Dialog Israel Palästina; Schweizerischer Friedensrat SFR; Evangelischer Frauenbund der Schweiz EFS; Basels starke Alternative Basta!; Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP; SolidaritéS Genève; Mediengewerkschaft comedia; Sozialistische Alternative/Solidarität; Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen; Gewerkschaft unia; Gewerkschaft VPOD; ATTAC Schweiz; Brücke – le pont; Women's International League for Peace and Freedom Sektion Schweiz

„Wir sitzen alle im selben Flugzeug, ohne Pilot“

Auf Einladung verschiedener Palästina-Komitees nahm der israelische Historiker Ilan Pape im Rahmen des Schweizerischen Sozialforums in Freiburg/Fribourg im Juni an einer Podiumsdiskussion über Perspektiven der Palästina-Solidarität teil. Wir dokumentieren in gekürzter Fassung seine Einleitung.



Ilan Pape beim Signieren eines Buchs

Was momentan in Israel/Palästina vor sich geht, ist in meinen Augen ein Spiel, eine Parodie von Frieden. In Wahrheit treffen sich einmal mehr die gleichen PolitikerInnen – auf beiden Seiten – in prächtigen Hotels, um mit DiplomatinInnen aus der ganzen Welt über Belanglosigkeiten zu palavern. Und immer wieder hört man die gleichen Worte wie „Friedensprozess“, „Evakuierung“, „Rückzug“, „Ende der Besatzung“, „Aufbau eines palästinensischen Staates“. Aber auf diesem Gebiet bewegt sich nichts.

Wenn sich herausstellt, dass die Politik absolut keine Veränderungen des täglichen Lebens mit sich bringt, wird die Frustration kommen. Die dritte Intifada bahnt sich an.

Ein anderes, weniger wahrscheinliches, aber durchaus mögliches Szenario ist, dass die Menschen müde werden und sagen: „Lasst uns verhandeln und versuchen, das Maximum herauszuholen. Wir haben genug!“ Wer in den besetzten Gebieten war, weiss, dass es ein Verlangen nach Normalität gibt, einen Überdruß im Kampf gegen 38 Jahre Besatzung. Die Leute wissen nicht mehr, wie sie so weiter leben können, und es besteht die Gefahr, dass, wie Arafat im Jahr 2000, eine palästinensische Delegation sagt: „Einverstanden. Wir nehmen, was man uns anbietet, das ist besser als nichts.“ Schon sind in den Wandelgängen der Ministerien in Ramallah solche Stimmen zu vernehmen. Und das ist noch gefährlicher als die Gewalt. Dieser Kurs kann zur

vollständigen Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft führen ...

Und wenn die Israelis international grünes Licht erhalten für Sharons Pläne, dann könnten die PalästinenserInnen Opfer einer ethnischen Säuberung werden. Für die Apartheidmauer wurden bereits 2000 Familien transferiert. Rund 200 000 PalästinenserInnen werden von der nächsten Etappe des Mauerbaus bedroht. Wenn dieser „Friedensplan“ weiterhin von der EU, den USA, Russland und der UNO unterstützt wird, hat Israel freie Bahn, um mit seiner Politik der ethnischen Säuberung fortzufahren.

Ich denke, dass wir alle, AktivistInnen innerhalb und ausserhalb Israels, verstehen müssen, dass den PalästinenserInnen die Gefahr einer ethnischen Säuberung

ist, dass der palästinensische bewaffnete Kampf gescheitert ist und es nur einen Weg gibt, die PalästinenserInnen zu retten: der israelischen Bevölkerung klar zu machen, dass sie nicht zu den zivilisierten Nationen gehört, solange die Besatzung auch nur einen Tag andauert.

Welche Strategien?

Wir leben in schwierigen Zeiten für die verschiedenen Solidaritätsbewegungen. In Europa war lange das wichtigste Ziel, den israelisch-palästinensischen Dialog zu fördern. Das ist noch immer wichtig, aber heute muss man sich auf ein anderes Ziel konzentrieren. Heute bitten wir die Solidaritätsbewegung um etwas, was sie noch nie getan hat, nämlich nachzuahmen, was im Falle Südafrikas gemacht wurde. Früher dachte man, es gäbe zwei Seiten und die Besatzung könne durch Dialog beendet werden. Darum konzentrierte man sich auf Verhandlungen, Koexistenz, gegenseitiges Verständnis. Ich verurteile dies nicht, ich habe selber so gedacht. Der Tag wird kommen, an dem wir diese Energie wieder brauchen werden.

Heute geht es aber darum, Palästina für die PalästinenserInnen zu retten.



Isabelle Avran (Mitte l.) und Ilan Pape (Mitte r.) am Schweizerischen Sozialforum

droht. Es gibt nur einen Weg, Israel zu stoppen. Nicht mit Dialog und auch nicht mit diplomatischen Verhandlungen – das versucht man seit 38 Jahren –, sondern mit Druck, mit Sanktionen, mit Embargos. Indem man Israel dem Südafrika während der Apartheid gleich setzt. Es stimmt mich traurig, dies sagen zu müssen, denn ich kenne die Folgen solcher Politik; aber wer wie ich jahrelang im Kampf für den Frieden engagiert ist, weiss, dass die diplomatischen Anstrengungen und Verhandlungen der letzten 38 Jahre zu nichts geführt haben, dass das Friedenslager in Israel machtlos

Wenn dies nicht gelingt, wären nicht nur die PalästinenserInnen, sondern auch die Jüdinnen/Juden in Israel verloren. Darum verwende ich gerne folgendes Bild: Wir sitzen alle im selben Flugzeug, ohne Pilot. Die ganze Welt weiss, dass wir auf einen entsetzlichen Krieg zusteuern, aber niemand will darüber sprechen. Solidarität mit den PalästinenserInnen wie auch mit den Israelis bedeutet darum, dass wir helfen müssen, die Besatzung zu beenden.

Es braucht Strategien, die der Realität besser entsprechen; Strategien, die es erlauben, das zu tun, was die israelische

Friedensbewegung und die palästinensische Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten nicht geschafft hat: die israelische Besatzung zu beenden. Erst nach dem Ende der militärischen Besatzung wird eine Versöhnung zwischen den beiden Völkern möglich sein. Heute setzt der Friedensprozess – und damit schliesse ich auch die Genfer Initiative mit ein – leider das Ende der Besatzung mit dem Ende des Konflikts gleich. Das ist falsch. Erst nach dem Ende der Besatzung kann man mit Verhandlungen über die Beilegung des Konfliktes beginnen. Viele rechtgeschaffene Menschen gehen in die falsche Richtung und versuchen, die Leute in Europa, Israel, Palästina und den USA davon zu überzeugen, dass in dem Moment, in dem die israelischen Soldaten die besetzten Gebiete verlassen, Frieden einkehren wird. Ein solcher Rückzug wäre einfach das Ende der israelischen Verbrechen gegen die Menschheit. Tatsächlich können richtige Friedensverhandlungen erst beginnen, wenn die israelischen SoldatInnen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen abgezogen sind.

Die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten repräsentieren aber nur einen Teil des palästinensischen Volkes. Dieses ist über den ganzen Nahen und Mittleren Osten verteilt. Alle PalästinenserInnen sind Teil dieses Konflikts. Es war ein grundsätzlicher Fehler des Oslo-Abkommens, die palästinensischen Flüchtlinge und die in Israel lebenden PalästinenserInnen aus der Lösung der Palästinafrage auszuklammern.

Drei Voraussetzungen für einen Ausweg

Zum Schluss möchte ich eine Strategie erläutern, die die Probleme der palästinensischen Flüchtlinge ins Zentrum der Friedensverhandlungen rückt und gleichzeitig zur Versöhnung zwischen Jüdinnen/Juden und PalästinenserInnen beiträgt. Ich nenne sie die Strategie der drei A's. Diese stehen für drei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn man einen Friedensplan haben will.

Das erste „A“ steht für Anerkennung (Acknowledgement). Das heisst das Bewusstwerden, dass es keinen Frieden geben wird ohne die Anerkennung dessen, was die Israelis 1948 gemacht haben: die Zerstörung von 500 Dörfern und die Vertreibung der dortigen Bevölkerung.

Das zweite „A“ steht für Verantwortung (Accountability). Die Israelis müssen die Verantwortung übernehmen für das, was

sie 1948 getan haben. Das heisst, sie müssen das Rückkehrrecht der damals vertriebenen PalästinenserInnen anerkennen. Natürlich können sich die Leute nicht dort niederlassen, wo nun schon andere Menschen leben. Man kann keine neue Ungerechtigkeit begehen, um anderes Unrecht auszubügeln. Die Israelis lehnen das Rückkehrrecht aber ab, weil sie eine jüdische Mehrheit wollen. Viele denken, dass eine Zweistaatenlösung einen jüdischen Staat mit einer jüdischen Mehrheit erhalten werde. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir einen einzigen Staat schaffen können, in dem PalästinenserInnen und Jüdinnen/Juden die gleichen Rechte haben werden.

Das dritte „A“ steht für Akzeptanz. Das heisst einerseits, dass Israel von seinen Nachbarn anerkannt wird, und andererseits, dass es akzeptiert, zum Nahen Osten zu gehören. Erst wenn die ersten beiden A's erfüllt sind, werden die Jüdinnen/Juden das Recht haben, die PalästinenserInnen und die arabische Welt um Anerkennung zu bitten. Sie müssen auf ihren Traum verzichten, zu Europa zu gehören. Sie müssen ein integraler Bestandteil des Nahen Ostens werden, ohne Eurovision, ohne europäische Fussballmeisterschaft. Wenn sie das eingesehen haben, werden sie ohne Zweifel aufhören, Mauern und elektrische Zäune zu bauen. Denn die PalästinenserInnen sind nicht die einzigen Gefangenen der Mauer: Auch die Israelis sind Gefangene.

Übersetzung und Kürzung: ab Abschrift Referat: Silvia Cattori

Ilan Pappé lehrt an der Universität Haifa und ist Akademischer Leiter des Research Institute for Peace in Givat Haviva. Er hat die Petition für einen akademischen Boykott Israels mit unterschrieben. Seine Botschaft: Die PalästinenserInnen sind Opfer einer ethnischen Säuberung und mehr denn je in ihrer gesellschaftlichen Existenz bedroht.



Protestaktion am Fussball-Länderspiel Schweiz-Israel

Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel

Im Juli dieses Jahres haben 171 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht, in dem sie alle Solidaritätskräfte dazu auffordern, Israel mit verschiedenen Mitteln unter Druck zu setzen, bis das Land internationales Recht einhält. Der Aufruf wird von allen massgeblichen Kräften der palästinensischen Zivilgesellschaft in den besetzten Gebieten, in Israel und in den Flüchtlingslagern mitgetragen und berücksichtigt entsprechende Forderungen der drei Teile der palästinensischen Gesellschaft. Die deutsche Fassung kann bei uns auf Papier bezogen werden; die englische Fassung ist auf der Website der Anti-Wall-Campaign zu finden:

<http://stopthewall.org/news/boycot.shtml>

TERMINE

Freitag, 2. Dezember 05 in Basel

18.00 Uhr: Generalversammlung der Palästina-Solidarität im Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30, 1. Stock in der Cantina

20.00 Uhr: Die Bedeutung der Flüchtlingsfrage im Israel/Palästina-Konflikt. Veranstaltung mit Ilan Pappé (israelischer Historiker) im Unternehmen Mitte in Basel, Gerbergasse 30, 1. Stock in der Cantina

Sonntag, 4. Dezember 05 in Zürich

Matinee zum Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge mit Ilan Pappé in der Bäckeranlage, genauere Infos unter palaestinakomitee@bluemail.ch

Regelmässige Termine:

Olivenöl-Verkauf

Jeweils am ersten Freitag des Monats von November 05 bis Februar 06, 16.00 – 19.00 Uhr an der Schiffflände/ Mittlere Brücke (4.11.05, 2.12.05, 6.1.06, 3.2.06)

Mahnwache in Basel

jeden ersten Freitag im Monat, jeweils 17.30–18.30 Uhr auf dem Barfüsserplatz oder November bis Februar mit dem Olivenölverkauf an der Schiffflände/ Mittlere Brücke (4.11.05, 2.12.05, 6.1.06, 3.2.06, 3.3.06, 7.4.06)

Offener Vorstand der Palästina-

Solidarität Basel jeweils am ersten Dienstag im Monat um 19 Uhr an der Amerbachstr. 37 (Glocke Hinterhaus) (1.11.05, 6.12.05, 3.1.06, 7.2.06, 7.3.06, 4.4.06)

Termine der **Arbeitsgruppen** der Palästina-Solidarität (K5 Benefiz-Essen, Redaktion Palästina Info, Boykott/Sanktionen) bitte nachfragen unter paso.bs@gmx.ch oder Tel. 079 644 65 86. Mithilfe beim Olivenöl-Verkauf bei 061 331 55 94.



Impressum

HerausgeberInnen:

Redaktionelle Mitarbeit:

Weitere Beiträge in die Ausgabe: Birgit Althaler (ba), Roberto Meier, Stephanie Selg

Bildbearbeitung/Graphik:

Fotos:

Korrektur/Lektorat:

Layout:

Palästina Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel und Palästina-Komitee Zürich, Postfach 1911, 8031 Zürich

Andreas B. (ab), Urs Diethelm (ud), Kathrin Theurillat (kt), Lena Heizmann (lh), Valérie Meyer (val), Nicolas Wasser (nw)

Lorenza Diaz und Corinna Staffe

Valérie Bolliger, Judith Welz, Denise Fischer, Andreas B., Urs Diethelm, Birgit Althaler, Gemeinde Qalqilia

Birgit Althaler, Christine Senn, Alena Wehrli

g.iliev_design